

A n t r a g

der Fraktion der AfD

Verordnung von Pubertätsblockern nur nach fachärztlicher Untersuchung - Keine staatlich finanzierte Werbung

I. Der Landtag stellt fest:

Das Online-Informationsportal der Bundesregierung zu gleichgeschlechtlichen Lebensweisen und geschlechtlicher Vielfalt ("Regenbogenportal") geht weit über den vorgeblichen Zweck der Aufklärung hinaus und propagiert in unverantwortlicher Weise medizinische Eingriffe, die die Adressaten, nämlich Kinder und Jugendliche, in ihrer Tragweite nicht überblicken können und im Übrigen geeignet sind, das Erziehungsrecht der Eltern zu untergraben.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Behandlung von nicht einwilligungsfähigen Kindern mit Pubertätsblockern, gegen geschlechtlichen Hormonen und vergleichbaren Medikamenten unterbunden wird und damit verbunden geschlechtsverändernde chirurgische Eingriffe an Minderjährigen untersagt werden;
2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die leichtfertige Propagierung der Einnahme von Pubertätsblockern in der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung (etwa auf dem "Regenbogenportal") beendet wird, da sie nicht dem vorgeblichen Ziel der Aufklärung dient, die von Kinder- und Jugendpsychiatern beobachteten "Transhype" und "Rapid Onset Gender Dysphoria" (ROGD) befördert und damit geeignet ist, erhebliche gesundheitliche Schäden bei Kindern und Jugendlichen zu begünstigen;
3. eine Aufklärungskampagne auf Landesebene ins Leben zu rufen, die Minderjährige und junge Erwachsene über die in der Regel vorübergehend auftretende Geschlechtsdysphorie in der Pubertät sowie über die physischen Konsequenzen geschlechtsangleichender Maßnahmen, insbesondere über irreversible Folgen solcher medizinischen Eingriffe, sachlich und ausgewogen informiert.

Begründung:

Als "geschlechtsdysphorisch" werden Kinder bezeichnet, die sich mit ihrem angeborenen biologischen Geschlecht nicht identifizieren können und unter dieser Geschlechtsinkongruenz leiden. Während entsprechende Diagnosen vor einiger Zeit noch überaus selten waren, sind die Fälle in den letzten Jahren exorbitant gestiegen. So berichten Spezialambulanzen in Deutschland über eine Verhundertfachung geschlechtsdysphorischer Patienten im Zeitraum 2013 bis 2018. Infolgedessen werden zunehmend Kinder vor der Pubertät medikamentös mit sogenannten

Pubertätsblockern behandelt. Das sind Medikamente (Gonadotropin-Releasing-Hormon-Analoga), die auf die Hypophyse einwirken und die Bildung von Geschlechtshormonen in den Keimdrüsen unterdrücken. Während die Präparate normalerweise in der Onkologie eingesetzt werden, finden sie zunehmend bei geschlechtsdysphorischen Kindern Anwendung, um die Pubertät hinauszuzögern.

Eine Vielzahl von Risiken und Nebenwirkungen dieser Behandlungen für die physische und psychische Gesundheit ist bekannt und wird kontrovers diskutiert. Beispielsweise werden neben einem persistierenden verminderten Intelligenzquotienten mit Verschlechterung des Arbeitsgedächtnisses auch eine dauerhafte Einschränkung der sexuellen Erlebnisfähigkeit sowie Störungen der Knochenmatrix festgestellt. Ethisch problematisch ist die Therapie mit Pubertätsblockern unter anderem deshalb, weil sich die behandelten Kinder fast immer für eine anschließende gegengeschlechtliche Hormontherapie entscheiden, deren Folgen, insbesondere der Verlust der Fruchtbarkeit, irreversibel sind. Die medikamentös bewirkte Hinauszögerung der Pubertät nimmt den betroffenen Kindern im Übrigen die Chance, ihre Geschlechtsdysphorie auf natürlichem Weg durch die Pubertät zu überwinden.

Die empfundene Geschlechtsinkongruenz in der Adoleszenz ist nach Erfahrung von Psychiatern in den meisten Fällen ein vorübergehendes Phänomen: Laut Studien dauert eine Geschlechtsdysphorie nur in zehn bis 20 Prozent der Fälle an. Eine häufige natürliche Entwicklung der Geschlechtsinkongruenz beziehungsweise -dysphorie ist der Übergang in eine Homosexualität, die durch frühzeitige Hormonbehandlungen, also durch ärztliche Maßnahmen, verhindert wird.

Aufgrund fehlender Daten ist nicht zu beziffern, wie oft auf entsprechende Hormonbehandlungen geschlechtsangleichende Operationen folgen. Allerdings zeigen Statistiken der Krankenhäuser, dass die Zahl solcher Operationen sehr stark angestiegen ist. Demnach erhöhte sich die Anzahl der Geschlechtsumwandlungen zwischen 2005 und 2018 bei 15- bis 20-Jährigen um das Fünfzehnfache und bei 20- bis 25-Jährigen gar um das Fünfzigfache. Daraus ergibt sich, dass sehr viele dieser 20- bis 25-Jährigen bereits im Kindesalter oder jedenfalls als Minderjährige mit Hormonen behandelt worden sind.

Der sich in den Zahlen manifestierende Trend einer beachtlichen Zunahme von Störungen der Geschlechtsidentität wird nicht nur in Deutschland, sondern international beobachtet. Die Ursachen dieser Entwicklung und die Gründe für den auffallend hohen Anteil von Mädchen an geschlechtsdysphorischen Jugendlichen sind bisher nicht hinreichend erforscht. Sie "bedürfen dringend weiterer Klärung", wie der Deutsche Ethikrat feststellt. Therapeutische Erfahrungen von Psychiatern deuten darauf hin, dass "Transidentität" zunehmend als Selbstdiagnose von Menschen in Lebenskrisen gewählt wird. Wie die Deutsche Gesellschaft für Sexualmedizin, Sexualtherapie und Sexualwissenschaft beobachtet, sind viele Patienten der "irrigen Auffassung", dass körperverändernde Maßnahmen ein "Wundermittel" für ihre Lebensprobleme darstellten. Deswegen müssten zunächst Psychotherapien das Mittel der Wahl sein.

In einer entsprechenden Bundestagsanhörung erklärte ein Sachverständiger, dass gerade Kindern für die Selbstfindung "ein Entwicklungsraum und Zeit gewährt werden" müssen. Auch könnten Jugendliche nicht die Tragweite einer Entscheidung für eine medizinische Transitionsbehandlung absehen. Besorgniserregend sei die "wachsende Zahl von Mädchen mit pubertätsüblichen Altersrollenkonflikten oder Körperbildstörungen,

denen bereits mit 14, 15 und 16 Jahren Brüste amputiert sowie Gebärmutter und Eierstöcke entfernt worden seien". Schon in wenigen Jahren könne es eine größere Zahl Erwachsener geben, die Medizinern vorwerfen, sie allzu leichtfertig behandelt und ihre Körper zerstört zu haben.

Beim "Regenbogenportal" werden Kinder und Jugendliche niederschwellig aufgefordert, sich darüber Gedanken zu machen, ob sie im richtigen Körper stecken. Auf der aus Steuermitteln finanzierten Internetseite "Jung und trans" werden Kinder und Jugendliche ermuntert, selbst zu entscheiden, ob sie Junge oder Mädchen sein wollen, und für sich zu überprüfen, ob das innere Wissen zu ihrem Körper passt. Sie sollten sich ausprobieren, denn wichtig sei "dass du dich jetzt und hier wohl fühlst". Suggestiv wird gefragt: "Bist du noch sehr jung? Und bist du noch nicht in der Pubertät? Dann kannst Du Pubertäts-Blocker nehmen." Die Einnahme von "Pubertäts-Blockern" wird unreflektiert als bequeme Möglichkeit dargestellt, die Adoleszenz problemlos pausieren zu lassen und später in gewünschter Richtung wiederaufnehmen zu können. Die Medikamente sorgten dafür, dass der Körper sich erst einmal nicht weiterentwickle - "weder in Richtung Frau. Noch in Richtung Mann". Auf diese Weise könne jeder Jugendliche "in Ruhe überlegen", welcher Körper zu ihm passe. Die Geschlechtsumwandlung durch Operation wird als Möglichkeit genannt. Hinweise auf Nebenwirkungen, langfristige Folgen und Risiken fehlen in Gänze. Auf mögliche Gefahren solcher "Therapie" und auf diesbezügliche kontroverse Diskussionen wird nicht hingewiesen. In bildungspolitischer Hinsicht stellen eine solche inhaltliche Einseitigkeit und die distanzlose Darstellung einen klaren Bruch des Beutelsbacher Konsenses dar. Unerwähnt bleibt auf der Seite auch, dass eine nicht unerhebliche Anzahl von Transgenderpersonen ihre Geschlechtsumwandlung bereuen, in der Folge unter Depressionen leiden und Selbstmordgedanken haben.

Nach erheblichem öffentlichem Protest wurde die Internetseite mittlerweile leicht geändert. Noch immer werden dort Pubertätsblocker jedoch einseitig als eine gute Option für unsichere Jugendliche vorgestellt.

Anstelle einer derartigen staatlichen Propagierung höchst umstrittener medizinischer Maßnahmen an Kindern und Jugendlichen ist eine neutrale, umfassende Aufklärung über die Risiken derartiger Behandlungen geboten. Zudem darf der Gesetzgeber nicht länger hinnehmen, dass die früher empfohlene Altersgrenze von 18 Jahren für geschlechtsangleichende Operationen immer häufiger unterschritten wird. Der fachliche Konsens, derartige Eingriffe mit fragwürdiger medizinischer Indikation an Minderjährigen zu unterlassen, wird offensichtlich von Einzelnen missachtet, wogegen die Politik zum Schutze von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien und zur Verteidigung des Elternrechts vorzugehen hat. Der Freistaat Thüringen ist aufgefordert, der einseitigen Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung in dieser Sache deutlich entgegenzutreten und eine eigene Aufklärungskampagne zu starten, um junge Menschen vor unumkehrbaren Entscheidungen zu bewahren, die sie später im Leben bereuen könnten.

Für die Fraktion:

Braga